

- c. « Institut communal des techniques de l'industrie et de l'automobile (ICTIA) » te Luik;  
 3°. Vrij onderwijs gesubsidieerd door de Franse Gemeenschap :  
 a. « Athénée Ganenou » te Brussel (Ukkel);  
 b. « Athénée Maïmonide » te Brussel (Anderlecht);  
 c. « Institut Notre-Dame » te Auvelais.

**Art. 2.** De Minister tot wier bevoegdheid het secundair onderwijs behoort, wordt belast met de uitvoering van dit besluit.

Brussel, 10 februari 2006.

Vanwege de Regering van de Franse Gemeenschap :

De Minister-Presidente,  
 belast met het Leerplichtonderwijs en het Onderwijs voor Sociale Promotie,  
 Mevr. M. ARENA.

## DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

### MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2006 — 1224

[C – 2006/33029]

#### 30. JANUAR 2006 — Dekret zur Abänderung des Gesetzes vom 4. März 1870 über die Weltlichen Güter der Kulte (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

#### **Artikel 1** - Besondere Aufsicht über die Haushalte und Rechnungen

Artikel 1 des Gesetzes vom 4. März 1870 über die weltlichen Güter der Kulte wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 1 - Die Haushaltspläne der Kirchenfabriken, deren Abänderungen und die Rechnungen unterliegen der Billigung des Gemeinderates.»

#### **Art. 2** - Übermittlung an die Gemeinde

Artikel 2 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Dekret vom 20. Dezember 2004, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 2 - Die Haushaltspläne sind der Gemeinde vor dem 15. August des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht, in vierfacher Ausfertigung und unter Beifügung aller Belege zu übermitteln.

Die Rechnungen sind der Gemeinde vor dem 10. April des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt, in vierfacher Ausfertigung und unter Beifügung aller Belege zu übermitteln.

Das Bürgermeister- und Schöffenkollegium leitet die vollständigen Akten unverzüglich an den Bischof weiter.»

#### **Art. 3** - Gutachten des Bistums

Artikel 3 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Dekret vom 20. Dezember 2004, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 3 - Der Bischof beschließt endgültig über die Ausgaben in Bezug auf die Ausübung des Kultes, begutachtet den Haushaltsplan, die Abänderung oder die Rechnung und übermittelt dem Gemeinderat die vollständige Akte binnen 40 Tagen nach deren Erhalt.

In Ermanglung eines fristgerechten Beschlusses fordert das Bürgermeister- und Schöffenkollegium das Bistum per Einschreiben auf, sein Gutachten binnen 10 Tagen zu erteilen. Liegt nach Ablauf dieser Frist keine Stellungnahme vor, gilt das Gutachten als positiv.»

#### **Art. 4** - Befugnisse des Gemeinderates

Artikel 4 desselben Gesetzes, aufgehoben durch das Dekret vom 20. Dezember 2004, wird mit folgendem Wortlaut wieder aufgenommen:

«Artikel 4 - Mit Ausnahme der Ausgabenartikel in Bezug auf die Ausübung des Kultes kann der Gemeinderat Einnahmenvoranschläge und Ausgabenposten eintragen, verringern, erhöhen oder streichen und materielle Irrtümer berichtigen.

Der Gemeinderat entscheidet über die Billigung beziehungsweise die Ablehnung sowie gegebenenfalls über die gemäß Absatz 1 erfolgten Anpassungen innerhalb einer Frist von 40 Tagen nach Zustellung der vollständigen Akte. Er kann die Frist, über die er zur Ausübung seiner Zuständigkeit verfügt, höchstens einmal um dieselbe Dauer verlängern.

In Ermanglung eines fristgerechten Beschlusses gilt die Billigung als erteilt.»

**Art. 5 - Übermittlung der Beschlüsse**

Artikel 5 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 5 - Je eine den Beschluss des Gemeinderates enthaltende Ausfertigung wird umgehend an den Bischof, die interessierte Fabrikverwaltung und an die Regierung gesandt. Die vierte Ausfertigung wird in den Archiven der Gemeinde aufbewahrt.»

**Art. 6 - Einspruch**

Artikel 6 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 6 - Im Falle der Ablehnung oder im Falle von Abänderungen des Haushaltsplanes, der Haushaltsabänderung oder der Rechnung durch den Gemeinderat können das Bistum und die Kirchenfabrik der Regierung innerhalb von fünfzehn Tagen nach Erhalt des Gemeinderatsbeschlusses die vollständige Akte unterbreiten, damit diese endgültig darüber beschließt. Die Regierung verfügt über die in Artikel 4, Absatz 1 erwähnten Befugnisse des Gemeinderates.

Die Regierung entscheidet innerhalb einer Frist von 40 Tagen nach Zustellung der vollständigen Akte. Sie kann die Frist, über die sie zur Ausübung ihrer Zuständigkeit verfügt, höchstens einmal um dieselbe Dauer verlängern.

Je eine den Beschluss der Regierung enthaltene Ausfertigung wird umgehend an den Bischof, die interessierte Fabrikverwaltung und den interessierten Gemeinderat gesandt. Die vierte Ausfertigung wird in den Archiven der Regierung aufbewahrt.

In Ermanglung eines fristgerechten Beschlusses gilt der Gemeinderatsbeschluss als gebilligt.»

**Art. 7 - Aufhebung**

Die Einteilung des ersten Kapitels desselben Gesetzes in Abschnitte wird aufgehoben.

Artikel 7 desselben Gesetzes, ersetzt durch das Dekret vom 20. Dezember 2004, wird aufgehoben.

**Art. 8 - Pfarren, die von mehreren Gemeinden abhängen**

Artikel 14 Absatz 1 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 14 - Falls der Pfarrbezirk mehrere Gemeinden oder mehrere Teile von Gemeinden umfasst, wird einer jeden interessierten Gemeinde eine Abschrift der in Artikel 1 erwähnten Unterlagen zugestellt. In diesem Fall übt der Gemeinderat des Kirchensitzes die in Artikel 4 des vorliegenden Gesetzes vorgesehenen Befugnisse nach Gutachten der anderen betroffenen Gemeinderäte aus.»

**Art. 9 - Inverzugsetzung**

Artikel 15 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Dekret vom 20. Dezember 2004, wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 15 - Ist der Haushaltsplan oder die Rechnung nicht an den gemäß Artikel 2 des vorliegenden Gesetzes festgesetzten Zeitpunkten eingereicht, oder verweigert die Fabrik die Abgabe der rechtfertigenden Belege oder Auskünfte, die vom Gemeinderat angefordert wurden, so fordert das Bürgermeister- und Schöffenkollegium die Fabrik per Einschreibebrief hierzu auf und benachrichtigt den Bischof.

Wenn der Fabrikrat den Haushaltsplan oder die Rechnung nicht binnen 20 Tagen nach dieser Inverzugsetzung eingereicht hat, kann der Gemeinderat den Haushaltsplan oder die Rechnung an Stelle des Fabrikrates festlegen. Der Gemeinderat informiert die Kirchenfabrik darüber und übermittelt die vollständige Akte unverzüglich an den Bischof. Der Bischof beschließt endgültig über die Ausgaben in Bezug auf die Ausübung des Kultes, erteilt sein Gutachten und übermittelt der Regierung die vollständige Akte binnen 40 Tagen nach deren Erhalt zur Billigung.

Die Regierung entscheidet innerhalb einer Frist von 40 Tagen nach Zustellung der vollständigen Akte. Sie kann die Frist, über die sie zur Ausübung ihrer Zuständigkeit verfügt, höchstens einmal um dieselbe Dauer verlängern.

Je eine den Beschluss der Regierung enthaltene Ausfertigung wird umgehend an den Bischof, die interessierte Fabrikverwaltung und den interessierten Gemeinderat gesandt. Die vierte Ausfertigung wird in den Archiven der Regierung aufbewahrt.

In Ermanglung eines fristgerechten Beschlusses gilt der Gemeinderatsbeschluss als gebilligt.»

**Art. 10 - Protestantische, anglikanische und israelitische Kirchenverwaltungen**

Artikel 18 desselben Gesetzes wird durch folgende Bestimmungen ersetzt:

«Artikel 18 - § 1 - Die Haushaltspläne der protestantischen, anglikanischen und israelitischen Kirchenverwaltungen, deren Abänderungen und die Rechnungen unterliegen der Billigung der Regierung.

Die Haushaltspläne sind der Regierung vor dem 30. August des Jahres, das dem Haushaltsjahr vorangeht, in neunfacher Ausfertigung und unter Beifügung aller Belege zu übermitteln.

Die Rechnungen sind der Regierung vor dem 10. April des Jahres, das dem Haushaltsjahr folgt, in neunfacher Ausfertigung und unter Beifügung aller Belege zu übermitteln.

Die Regierung leitet die Akten unverzüglich an die betroffenen Gemeinderäte und an die zuständige zentrale Kirchenverwaltung weiter.

§ 2 - Die zuständige zentrale Kirchenverwaltung beschließt endgültig über die Ausgaben in Bezug auf die Ausübung des Kultes. Sie und die Gemeinderäte begutachten den Haushaltsplan, die Abänderung oder die Rechnung und übermitteln der Regierung die vollständige Akte binnen 40 Tagen nach deren Erhalt.

In Ermanglung eines fristgerechten Beschlusses gilt das Gutachten als positiv.

§ 3 - Mit Ausnahme der Ausgabenartikel in Bezug auf die Ausübung des Kultes kann die Regierung Einnahmenvoranschläge und Ausgabenposten eintragen, verringern, erhöhen oder streichen und materielle Irrtümer berichtigen.

Die Regierung entscheidet innerhalb einer Frist von 40 Tagen nach Zustellung der vollständigen Akte. Sie kann die Frist, über die sie zur Ausübung ihrer Zuständigkeit verfügt, höchstens einmal um dieselbe Dauer verlängern.

In Ermanglung eines fristgerechten Beschlusses gilt die Billigung als erteilt.

§ 4 - Je eine den Beschluss der Regierung enthaltende Ausfertigung wird an die zuständige zentrale Kirchenverwaltung, die interessierte Kirchenverwaltung und an die betroffenen Gemeinden gesandt. Eine weitere Ausfertigung wird in den Archiven der Regierung aufbewahrt.»

§ 5 - Ist der Haushaltsplan oder die Rechnung nicht an den gemäß § 1 festgesetzten Zeitpunkten eingereicht, oder verweigert die Fabrik die Abgabe der rechtfertigenden Belege oder Auskünfte so fordert die Regierung die Fabrik per Einschreibebrief hierzu auf und benachrichtigt die zuständige zentrale Kirchenverwaltung.

Wenn der Fabrikrat den Haushaltsplan oder die Rechnung nicht binnen 20 Tagen nach dieser Inverzugsetzung eingereicht hat, kann die Regierung den Haushaltsplan oder die Rechnung an Stelle des Fabrikrates festlegen. Die Regierung leitet die Akten dann an die betroffenen Gemeinderäte und an die zuständige zentrale Kirchenverwaltung weiter, wonach die §§ 2 bis 4 Anwendung finden.

§ 6 - Die Bestimmungen der Artikel 10-13, 15bis und 15quater sind anwendbar auf die protestantischen, anglikanischen und israelitischen Kirchenverwaltungen.»

**Art. 11 - Übergangsbestimmung**

Vorliegendes Dekret ist zum ersten Mal anwendbar auf die Rechnungen des Haushaltsjahres 2005 und die Haushalte des Haushaltsjahres 2007.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird. Gegeben zu Eupen, den 30. Januar 2006

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Minister für lokale Behörden

B. GENTGES

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Minister für Ausbildung und Beschäftigung Soziales und Tourismus

O. PAASCH

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

—————  
Note

(1) *Sitzungsperiode 2005-2006*

*Dokumente des Parlamentes*: 44 (2005-2006). Nr. 1. — Dekretentwurf

44 (2005-2006). Nr. 2. — Abänderungsvorschläge

44 (2005-2006). Nr. 3. — Bericht

*Ausführlicher Bericht*: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 30. Januar 2006

—————  
TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2006 — 1224

[C - 2006/33029]

**30 JANVIER 2006. — Décret portant modification de la loi du 4 mars 1870 sur le temporel des cultes (1)**

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

**Article 1<sup>er</sup>.** Tutelle spéciale sur les budgets et comptes

L'article 1<sup>er</sup> de la loi du 4 mars 1870 sur le temporel des cultes est remplacé par la disposition suivante :

« Article 1<sup>er</sup>. Les budgets de fabriques d'églises, leurs modifications ainsi que les comptes sont soumis à l'approbation du conseil communal. »

**Art. 2.** Transmission à la commune

L'article 2 de la même loi, remplacé par le décret du 20 décembre 2004, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 2. Les budgets seront transmis à la commune avant le 15 août de l'année précédant l'exercice budgétaire, en quatre exemplaires et accompagnés de toutes les pièces justificatives.

Les comptes seront transmis à la commune avant le 10 avril de l'année suivant l'exercice budgétaire, en quatre exemplaires et accompagnés de toutes les pièces justificatives.

Le collège des bourgmestre et échevins transmet immédiatement à l'évêque les dossiers complets. »

**Art. 3.** Avis de l'évêché

L'article 3 de la même loi, remplacé par le décret du 20 décembre 2004, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 3. L'évêque arrête définitivement les dépenses relatives à la célébration du culte, approuve le budget, la modification ou le compte et transmet le dossier complet au conseil communal dans les 40 jours de sa réception.

A défaut de décision dans le délai imparti, le collège des bourgmestre et échevins prie l'évêché, par recommandé, de rendre son avis dans les 10 jours. Si aucun avis n'est rendu au terme de ce délai, l'avis est censé être positif. »

**Art. 4.** Compétences du conseil communal

L'article 4 de la même loi, abrogé par le décret du 20 décembre 2004, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Article 4. A l'exception des articles budgétaires de dépenses relatifs à la célébration du culte, le conseil communal peut inscrire, diminuer, augmenter ou rayer des prévisions de recettes ainsi que des articles de dépenses et corriger des erreurs matérielles.

Le conseil communal statue sur l'approbation ou le refus voire sur les modifications éventuelles apportées conformément à l'article 1 dans un délai de 40 jours suivant la notification du dossier complet. Il peut prolonger au plus une fois, et pour une durée égale, le délai dont il dispose pour exercer sa compétence.

A défaut d'une décision dans le délai imparti, l'approbation est censée avoir été donnée. »

**Art. 5. Transmission des décisions**

L'article 5 de la même loi est remplacé par la disposition suivante :

« Article 5. Toute expédition mentionnant la décision du conseil communal est immédiatement envoyée à l'évêque, à l'administration fabricienne concernée et au Gouvernement. La quatrième expédition est conservée dans les archives communales. »

**Art. 6. Recours**

L'article 6 de la même loi est remplacé par la disposition suivante :

« Article 6. Si le budget, la modification budgétaire ou le compte sont rejetés ou modifiés par le conseil communal, l'évêché et la fabrique d'église peuvent, dans les quinze jours suivant la réception de la décision du conseil communal, soumettre le dossier complet au Gouvernement afin que celui-ci statue définitivement. Le Gouvernement dispose des compétences du conseil communal mentionnées à l'article 4, alinéa 1.

Le Gouvernement statue dans un délai de 40 jours suivant la notification du dossier complet. Il peut prolonger au plus une fois, et pour une durée égale, le délai dont il dispose pour exercer sa compétence.

Toute expédition mentionnant la décision du Gouvernement est immédiatement envoyée à l'évêque ainsi qu'à l'administration fabricienne concernée et au conseil communal concerné. La quatrième expédition est conservée dans les archives du Gouvernement.

A défaut d'une décision dans le délai imparti, la décision du conseil communal est censée être approuvée. »

**Art. 7. Abrogation**

La subdivision du premier chapitre de la même loi en sections est supprimée.

L'article 7 de la même loi, remplacé par le décret du 20 décembre 2004, est abrogé.

**Art. 8. Paroisses qui dépendent de plusieurs communes**

L'article 14, alinéa 1, de la même loi est remplacé par la disposition suivante :

« Article 14. Si la circonscription de la paroisse comprend plusieurs communes ou plusieurs parties de communes, un double des documents visés à l'article 1 est communiqué à chaque commune intéressée. Dans ce cas, c'est le conseil communal de la commune siège de l'église qui exerce les compétences prévues à l'article 4 de la présente loi, après avoir sollicité l'avis des autres conseils communaux concernés. »

**Art. 9. Mise en demeure**

L'article 15 de la même loi, modifié par le décret du 20 décembre 2004, est remplacé par la disposition suivante :

« Article 15. Si le budget ou le compte n'est pas remis aux époques fixées à l'article 2 de la présente loi, ou si la fabrique refuse de fournir les pièces ou informations justificatives qui lui sont demandées par le conseil communal, le collège des bourgmestre et échevins lui adresse une invitation par lettre recommandée et en informe l'évêque.

Si le conseil de fabrique n'a pas introduit le budget ou le compte dans les 20 jours suivant cette mise en demeure, le conseil communal peut arrêter le budget ou le compte en lieu et place du conseil de fabrique. Le conseil communal en informe la fabrique d'église et transmet immédiatement le dossier complet à l'évêque. L'évêque arrête définitivement les dépenses relatives à la célébration du culte, émet son avis et, dans les 40 jours de la réception du dossier complet, le transmet au Gouvernement pour approbation.

Le Gouvernement statue dans un délai de 40 jours suivant la notification du dossier complet. Il peut prolonger au plus une fois, et pour une durée égale, le délai dont il dispose pour exercer sa compétence.

Toute expédition mentionnant la décision du Gouvernement est immédiatement envoyée à l'évêque ainsi qu'à l'administration fabricienne concernée et au conseil communal concerné. La quatrième expédition est conservée dans les archives du Gouvernement.

A défaut d'une décision dans le délai imparti, la décision du conseil communal est censée être approuvée. »

**Art. 10. Administrations fabriciennes protestantes, anglicanes et israélites**

L'article 18 de la même loi est remplacé par la disposition suivante :

« Article 18. § 1<sup>er</sup>. Les budgets des administrations fabriciennes protestantes, anglicanes et israélites, leurs modifications ainsi que les comptes sont soumis à l'approbation du Gouvernement. Les budgets seront transmis au Gouvernement avant le 30 août de l'année précédant l'exercice budgétaire, en neuf exemplaires et accompagnés de toutes les pièces justificatives.

Les comptes seront transmis au Gouvernement avant le 10 avril de l'année suivant l'exercice budgétaire, en neuf exemplaires et accompagnés de toutes les pièces justificatives.

Le Gouvernement transmet immédiatement les dossiers aux conseils communaux concernés et à l'administration fabricienne centrale compétente.

§ 2. L'administration fabricienne centrale compétente arrête définitivement les dépenses relatives à la célébration du culte. Avec les conseils communaux, elle approuve le budget, la modification ou le compte et transmet le dossier complet au Gouvernement dans les 40 jours de sa réception.

A défaut d'une décision dans le délai imparti, l'avis est censé être positif.

§ 3. A l'exception des articles budgétaires de dépenses relatifs à la célébration du culte, le Gouvernement peut inscrire, diminuer, augmenter ou rayer des prévisions de recettes ainsi que des articles de dépenses et corriger des erreurs matérielles.

Le Gouvernement statue définitivement dans un délai de 40 jours suivant la notification de l'acte complet. Il peut prolonger au plus une fois, et pour la même durée, le délai dont il dispose pour exercer sa compétence.

A défaut d'une décision dans le délai imparti, l'approbation est censée avoir été donnée.

§ 4. Toute expédition mentionnant la décision du Gouvernement est immédiatement envoyée à l'administration fabricienne centrale compétente, à l'administration fabricienne concernée et aux communes concernées. Une expédition supplémentaire est conservée dans les archives du Gouvernement. »

§ 5. Si le budget ou le compte n'est pas remis aux époques fixées au § 1 ou si la fabrique refuse de fournir les pièces ou informations justificatives, le Gouvernement lui adresse une invitation par lettre recommandée et en informe l'administration fabricienne centrale compétente.

Si le conseil de fabrique n'a pas introduit le budget ou le compte dans les vingt jours suivant cette mise en demeure, le Gouvernement peut arrêter le budget ou le compte en lieu et place du conseil de fabrique. Le Gouvernement transmet les dossiers aux conseils communaux concernés et à l'administration fabricienne centrale compétente; ensuite, les §§ 2 à 4 sont appliqués.

§ 6. Les dispositions des articles 10 à 13, 15bis et 15quater sont applicables aux administrations fabriciennes protestantes, anglicanes et israélites.

**Art. 11.** Disposition transitoire

Le présent décret est applicable pour la première fois aux comptes de l'exercice budgétaire 2005 et aux budgets de l'exercice 2007.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 30 janvier 2006.

K.-H. LAMBERTZ

Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Ministre des Pouvoirs locaux

B. GENTGES

Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme

O. PAASCH

Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique

I. WEYKMANS

Ministre de la Culture et des Médias, de la Protection des Monuments, de la Jeunesse et des Sports

—————  
Note

(1) *Session 2005-2006.*

*Documents du Parlement* : 44 (2005-2006) n° 1. — Projet de décret

44 (2005-2006) n° 2. — Propositions d'amendement

44 (2005-2006) n° 3. — Rapport

*Rapport intégral* : Discussion et vote. Séance du 30 janvier 2006.

—————  
VERTALING

**MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

N. 2006 — 1224

[C — 2006/33029]

**30 JANUARI 2006. — Decreet tot wijziging van de wet van 4 maart 1870 op het tijdelijke der erediensten (1)**

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

**Artikel 1.** Bijzonder toezicht op de begrotingen en rekeningen

Artikel 1 van de wet van 4 maart 1870 op het tijdelijke der erediensten wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 1. De begrotingen van de kerkfabrieken, de wijzigingen ervan en de rekeningen zijn onderworpen aan de goedkeuring van de gemeenteraad. »

**Art. 2.** Toezending aan de gemeente

Artikel 2 van dezelfde wet, vervangen bij het decreet van 20 december 2004, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 2. Vóór 15 augustus van het jaar dat het begrotingsjaar voorafgaat, worden de begrotingen in vier uitgiften, samen met alle bewijsstukken, aan de gemeente toegezonden.

Vóór 10 april van het jaar dat het begrotingsjaar volgt, worden de rekeningen in vier uitgiften, samen met alle bewijsstukken aan de gemeente toegezonden.

Het college van burgemeester en schepenen zendt de volledige dossiers onmiddellijk aan de Bisschop toe. »

**Art. 3.** Advies van het bisdom

Artikel 3 van dezelfde wet, vervangen bij het decreet van 20 december 2004, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 3. De bisschop sluit definitief de uitgaven m.b.t. het vieren van de eredienst, keurt de begroting, de wijziging ervan of de rekening goed en zendt het volledig dossier, binnen 40 dagen na de ontvangst ervan, aan de gemeenteraad toe.

Bij gebrek aan een beslissing binnen de vastgelegde termijn verzoekt het college van burgemeester en schepenen - per aangetekende brief - het bisdom erom zijn advies binnen 10 dagen uit te brengen. Is na afloop van deze termijn geen advies uitgebracht, dan wordt het advies als positief beschouwd. »

**Art. 4.** Bevoegdheden van de gemeenteraad

Artikel 4 van dezelfde wet, opgeheven bij het decreet van 20 december 2004, wordt opnieuw opgenomen in de volgende lezing :

« Artikel 4. Met uitzondering van de begrotingsartikelen van de uitgaven m.b.t. het vieren van de eredienst kan de gemeenteraad ontvangstramingen en artikelen van de uitgaven inschrijven, verminderen, verhogen of schrappen en materiële vergissingen corrigeren.

Binnen 40 dagen na de toezending van het volledig dossier beslist de gemeenteraad over de goedkeuring of verworping alsmede desgevallend over de aanpassingen uitgevoerd overeenkomstig het eerste lid. Hij kan de termijn waarover hij beschikt om zijn bevoegdheid uit te oefenen, ten hoogste één keer met dezelfde duur verlengen.

Bij gebrek aan een beslissing binnen de vastgelegde termijn wordt de goedkeuring geacht te zijn gegeven. »

**Art. 5.** Toezending van de beslissingen

Artikel 5 van dezelfde wet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 5. Elke uitgifte vermeldende een beslissing van de gemeenteraad wordt onmiddellijk aan de bisschop, het betrokken kerkbestuur en de Regering toegezonden. De vierde uitgifte wordt in het archief van de gemeente bewaard. »

**Art. 6.** Beroep

Artikel 6 van dezelfde wet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 6. Worden de begroting, de begrotingswijzigingen of de rekening door de gemeenteraad verworpen of gewijzigd, kunnen het bisdom of de kerkfabriek het volledig dossier, binnen vijftien dagen na de ontvangst van de beslissing van de gemeenteraad, aan de Regering voorleggen, opdat deze een definitieve beslissing neemt. De Regering beschikt over de in artikel 4, lid 1, vermelde bevoegdheden van de gemeenteraad.

De Regering beslist binnen de 40 dagen na de toezending van het volledig dossier. Zij kan de termijn waarover zij beschikt om haar bevoegdheid uit te oefenen, ten hoogste één keer met dezelfde duur verlengen.

Elke uitgifte vermeldende een beslissing van de Regering wordt onmiddellijk aan de bisschop, het betrokken kerkbestuur en de betrokken gemeenteraad toegezonden. De vierde uitgifte wordt in het archief van de Regering bewaard. »

Bij gebrek aan een beslissing binnen de vastgelegde termijn wordt de beslissing van de gemeenteraad als goedgekeurd beschouwd. »

**Art. 7.** Opheffing

De onderverdeling van het eerste hoofdstuk van dezelfde wet in afdelingen wordt opgeheven.

Artikel 7 van dezelfde wet, vervangen bij het decreet van 20 december 2004, wordt opgeheven.

**Art. 8.** Parochiën die onder meerdere gemeenten ressorteren

Artikel 14, lid 1, van dezelfde wet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 14. Indien het grondgebied der parochie verscheidene gemeenten of verscheidene delen van gemeenten bevat, wordt een afschrift van de in artikel 1 vermelde documenten aan elke belanghebbende gemeente toegezonden. In dit geval oefent de gemeenteraad van de gemeente waar de zetel van de kerk gevestigd is, de in artikel 4 van voorliggende wet bepaalde bevoegdheden uit na het advies van de andere belanghebbende gemeenteraden te hebben ingewonnen. »

**Art. 9.** Ingebrekestelling

Artikel 15 van dezelfde wet, gewijzigd bij het decreet van 20 december 2004, wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 15. Indien de begroting of de rekening niet overhandigd is op de bij artikel 2 van deze wet bepaalde tijdstippen, of indien de kerkfabriek weigert de bewijsstukken of uitleggingen te geven, welke door de gemeenteraad worden gevraagd, zendt het college van burgemeester en schepenen per aangetekende brief een uitnodiging aan de kerkfabriek en verwittigt de bisschop daarvan.

Indien de kerkbestuursraad binnen de twintig dagen na de ontvangst van de brief de begroting of de rekening niet overhandigd heeft, dan kan de gemeenteraad de begroting of de rekening in plaats van de kerkbestuursraad vastleggen. De gemeenteraad verwittigt de kerkfabriek ervan en zendt het volledig dossier onmiddellijk aan de bisschop toe. De bisschop sluit definitief de uitgaven m.b.t. het vieren van de eredienst, brengt zijn advies uit en zendt het volledig dossier, binnen 40 dagen na de ontvangst ervan, aan de Regering ter goedkeuring toe.

De Regering beslist binnen de 40 dagen na de toezending van het volledig dossier. Zij kan de termijn waarover zij beschikt om haar bevoegdheid uit te oefenen, ten hoogste één keer met dezelfde duur verlengen.

Elke uitgifte vermeldende een beslissing van de Regering wordt onmiddellijk aan de bisschop, het betrokken kerkbestuur en de betrokken gemeenteraad toegezonden. De vierde uitgifte wordt in het archief van de Regering bewaard.

Bij gebrek aan een beslissing binnen de vastgelegde termijn wordt de beslissing van de gemeenteraad als goedgekeurd beschouwd. »

**Art. 10.** Protestantse, anglicaanse en Israëlitische kerkbesturen

Artikel 18 van dezelfde wet wordt vervangen door de volgende bepaling :

« Artikel 18. § 1. De begrotingen van de protestantse, anglicaanse en Israëlitische kerkbesturen, de wijzigingen ervan alsmede de rekeningen zijn onderworpen aan de goedkeuring van de Regering. Vóór 30 augustus van het jaar dat het begrotingsjaar voorafgaat, worden de begrotingen in negen uitgiften, samen met alle bewijsstukken, aan de Regering toegezonden.

Vóór 10 april van het jaar dat het begrotingsjaar volgt, worden de rekeningen in negen uitgiften, samen met alle bewijsstukken aan de Regering toegezonden.

De Regering zendt de dossiers onmiddellijk aan het bevoegd centraal kerkbestuur toe.

§ 2. Het bevoegd centraal kerkbestuur sluit definitief de uitgaven m.b.t. het vieren van de eredienst. Samen met de gemeenteraden keurt het de begroting, de wijziging ervan of de rekening goed en zendt het volledig dossier, binnen 40 dagen na de ontvangst ervan, aan de Regering toe.

Bij gebrek aan een beslissing binnen de vastgelegde termijn wordt het advies als positief beschouwd.

§ 3. Met uitzondering van de begrotingsartikelen van de uitgaven m.b.t. het vieren van de eredienst kan de Regering ontvangstramingen en artikelen van de uitgaven inschrijven, verminderen, verhogen of schrappen en materiële vergissingen corrigeren.

De Regering beslist binnen de 40 dagen na de toezending van het volledig dossier. Zij kan de termijn waarover zij beschikt om haar bevoegdheid uit te oefenen, ten hoogste één keer met dezelfde duur verlengen.

Bij gebrek aan een beslissing binnen de vastgelegde termijn wordt de goedkeuring geacht te zijn gegeven.

§ 4. Elke uitgifte vermeldende een beslissing van de Regering wordt onmiddellijk aan het bevoegd centraal kerkbestuur, het betrokken kerkbestuur en de belanghebbende gemeenten toegezonden. Een bijkomende uitgifte wordt in het archief van de Regering bewaard.

§ 5. Indien de begroting of de rekening niet overhandigd is op de bij § 1 bepaalde tijdstippen, of indien de kerkfabriek weigert de bewijsstukken of uitleggingen te geven, zendt de Regering per aangetekende brief een uitnodiging aan de kerkfabriek en verwittigt het bevoegd centraal kerkbestuur daarvan.

Indien de kerkbestuurraad binnen de 20 dagen na de ontvangst van de brief de begroting of de rekening niet overhandigd heeft, dan kan de Regering de begroting of de rekening in plaats van de kerkbestuursraad vastleggen. De Regering zendt dan de dossiers aan de betrokken gemeenteraden en aan het bevoegd centraal kerkbestuur; daarna zijn de §§ 2 tot 4 van toepassing.

§ 6. De bepalingen van de artikelen 10 à 13, 15bis en 15quater zijn toepasselijk op de protestantse, anglicaanse en Israëlitische kerkbesturen. »

**Art. 11.** Overgangsbepaling

Voorliggend decreet is voor de eerste keer toepasselijk op de rekeningen van het begrotingsjaar 2005 en op de begrotingen van het begrotingsjaar 2007.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen op 30 januari 2006.

K.-H. LAMBERTZ

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Lokale Besturen

B. GENTGES

Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme

O. PAASCH

Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

I. WEYKMANS

Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport

Nota

(1) *Zitting 2005-2006*

*Bescheiden van het Parlement* : 44 (2005-2006) Nr 1. — Ontwerp van decreet

44 (2004-2005) Nr 2. — Voorstellen tot wijziging

44 (2005-2006) Nr 3. — Verslag

*Integraal verslag* : Discussie en anneming. Zitting van 30 januari 2006.